

Beschluss der Transnet Bezirkskonferenz Saar-Mosel-Westpfalz vom 29. Februar 2008

(Antrag Nummer 11 der OV Saarland)

## **Keine Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn!**

Begründung:

Der Beschluss des letzten SPD-Parteitages im Oktober 2007, eine sogenannte stimmrechtslose Vorzugsaktie einzuführen, ist als gescheitert anzusehen, da der Koalitionspartner CDU dieser Vorstellung schon eine Absage erteilt hat. Die Befürwortung einer Teilprivatisierung mit Börsengang unter diesen Voraussetzungen lehnen die Delegierten der Ortsdelegiertenkonferenz der OV Saarbrücken entschieden ab.

Die TRANSNET hat ihrerseits den Börsengang nie öffentlich vertreten, sondern hat ihren kritischen, konstruktiven Begleitprozess an konkrete Bedingungen geknüpft.

Es darf keine Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn geben. Sie würde einen gravierenden Bruch des Grundgesetzes, das die Gewährleistung der Verkehrsdienstleistungen und Infrastrukturausstattung durch den Staat festschreibt, darstellen. Wir fordern den Erhalt der DB in vollständigen Eigentum des Bundes als Voraussetzung für eine moderne, kundenorientierte, sichere und vor allem bezahlbare Bahn.

Der Beschluss des letzten SPD-Parteitages hat gezeigt, dass eine Privatisierung der Bahn grundsätzlich immer noch möglich ist, in Form von „Volksaktien“. Wir alle haben am Beispiel Telekom miterlebt, in welchem Fiasko ein Modell mit „Volksaktien“ enden kann.

Wir fordern alle Funktionäre der TRANSNET auf, sich für eine Bahn in öffentlicher Hand einzusetzen, es darf keine Zerschlagung des DB Konzerns geben.

Die Mitarbeiter der Deutschen Bahn laufen Gefahr, zum Spielball der politischen Verantwortlichen zu werden. Der geplante Börsengang würde die größte Verschleuderung öffentlichen Eigentums in der Geschichte der Bundesrepublik darstellen. Auch deshalb haben sich mehr als 70% der Bevölkerung gegen eine Bahnprivatisierung ausgesprochen.

Gerade unter den allgemeinen anerkannten Bedingungen des dramatischen Klimawandels darf die Bahn nicht verkauft werden. Sie ist gegenwärtig das umweltfreundlichste Verkehrsmittel mit einem großen ökologischen Entwicklungspotenzial.

Eine auf Rendite orientierte Unternehmenspolitik würde das Schienennetz weiter kappen, Strecken stilllegen, Mitarbeiter entlassen, Lohndumping begünstigen, den öffentlichen Mobilitätsbedarf in Personen- und Güterverkehr nicht entsprechen, den

Erhalt und Ausbau der Schieneninfrastruktur gefährden und enorme Haushaltsrisiken für die öffentliche Hand herbeiführen.

Mit einem Börsengang der Bahn besteht die Gefahr, dass noch mehr Verkehr von der Schiene auf die Strasse verlagert wird. Somit wäre der Schutz der Umwelt durch stärkere Beeinflussung noch mehr gefährdet. Umweltschutz dient der Erhaltung des Lebensumfeldes der Menschen und ihrer Gesundheit.

Es ist allgemein bekannt, dass alle bisherigen Privatisierungen von Staatsbahnen gescheitert sind. Inzwischen gibt es Bemühungen von Staaten, die privatisierten Unternehmen zurückzukaufen. Eine gut funktionierende Bahn kann es auch ohne neue Erlöse durch Aktienläufe geben.

Die Bundesrepublik ist ein reiches Land, in dem sehr viele Menschen leben, die mit einer „Vermögensabgabe“ belastet werden können. Des weiteren sollte daraufhin gewirkt werden, dass der Mehrwertsteuersatz auf die Fahrpreise der Bahn halbiert wird und die Bahn von der Ökosteuer befreit wird.

Dies hat den Vorteil, dass die Fahrpreise auf lange Zeit oder Sicht vergünstigt angeboten werden können. Dadurch wird es weitaus mehr Menschen ermöglicht, sich eine Bahnfahrt leisten zu können. Hier sind die politischen Verantwortlichen gefordert. Wir fordern die TRANSNET auf, in geeigneter Weise auf die Politik einzuwirken. Von daher ist es im Interesse aller Beschäftigten sowie Bahnkunden, dass ein Börsengang mit allen Mitteln verhindert wird.

*Empfehlung der Antragskommission: Antrag sollte zur Unterstützung des Antrags zur Zukunft der Deutschen Bahn AG an den Hauptvorstand weitergeleitet werden.*